



Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern

**GL-Antrag zu Handen  
Parteitag vom 4. Juli 2007**

# **Stadt und Land verbinden**

Der Kanton Bern kann sich wirtschaftlich und gesellschaftlich nur weiterentwickeln, wenn die Städte als Zentren gestärkt und gleichzeitig in die Stärken der Regionen investiert wird.

Das vorliegende Papier legt den Schwerpunkt darauf, die Stärken der Regionen zu erhalten und weiter auszubauen.

Die Stossrichtungen setzen auf die vorhandenen Stärken in den Regionen und zeigen auf, wie diese erhalten und ausgebaut werden können. Sie reichen von der Gestaltung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, u. a. durch Stärkung des Wissenstransfers über die Förderung von dezentraler Erzeugung neuer erneuerbarer Energie, zur Stärkung des öffentlichen Verkehrs, von Förderung umweltverträglichen Tourismus, über Stärkung insbesondere der biologischen und naturnahen Landwirtschaft bis zur Stärkung der Hochschulen und der Bundeshauptstadt.

## Inhaltsverzeichnis

1. Einführung .....	3
2. Kurze Analyse .....	4
3. Regionalpolitische Massnahmen: Nötig, aber nicht ausreichend.....	5
4. Stossrichtungen zur Stärkung des Kantons Bern .....	6
4.1 Kantonaler Service public .....	6
4.2 Regionale Strukturen nutzen.....	7
4.3 Gute Gesundheitsversorgung im ganzen Kantonsgebiet.....	7
4.4 Finanzausgleich transparenter gestalten / Steuerharmonisierung .....	7
4.5 Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen verbessern.....	8
4.6 Gemeindefusionen zur Stärkung der Gemeinden .....	9
4.7 Chancengleichheit in der Bildung.....	9
4.8 Bauen ausserhalb der Bauzonen.....	9
4.9 Energiepolitik als Chance.....	10
4.10 Verkehrspolitik muss öffentlichen Verkehr fördern.....	10
4.11 Zweitwohnungsbau muss Standortgemeinden etwas bringen .....	11
4.12 Landwirtschaft wichtig für Regionen.....	11
4.13 Eine aktive Klimapolitik lässt Agglomerationen atmen .....	11
4.14 Das Potenzial der Hochschulen besser nutzen.....	11
4.15 Tourismus als starker Pfeiler der kantonalen Wirtschaft .....	11
4.16 Waldpolitik gibt regionale Impulse.....	12

### Mitglieder der Arbeitsgruppe Stadt-Land:

- Hans Bieri, Spiez
- Francis Daetwyler, St-Imier
- Christophe Gagnebin, Tramelan
- Bettina Joder Stüdle, Steffisburg
- Theo Kauz, Huttwil
- Rosmarie Kiener, Möriswil
- Paula Ramseier, Bern
- Andreas Schefer, Bern
- Hans Stöckli, Biel
- Emil von Allmen, Gimmelwald
- Flavia Wasserfallen, Bern
- Adrian Wüthrich (Verfasser, AG-Leitung), Huttwil
- Willi Zahnd (Sekretariat), Bern

## **1. Einführung**

Für die Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern ist die Thematik Stadt-Land mehr als Regionalpolitik. Alle Politikfelder müssen unter dem Stadt-Land-Aspekt beurteilt werden. Die SP des Kantons Bern will die Städte und die ländlichen Regionen nicht gegeneinander ausspielen. Sie ist überzeugt, dass es in grossen Teilen der Bevölkerung in Stadt und Land gegenseitiges Verständnis für die jeweiligen Probleme der anderen Seite gibt. Verständnis setzt Information voraus und ist selbst wiederum die Voraussetzung und Grundlage für solidarisches Handeln. Gerade der Kanton Bern mit seiner vielfältigen Topografie ist auf gegenseitigen Respekt angewiesen, wenn wir die zukünftigen Probleme gemeinsam lösen wollen. Solidarität für die Städte seitens der ländlichen Bevölkerung und umgekehrt der städtischen Bevölkerung für die ländlichen Regionen kann viel zu wirtschaftlicher Prosperität und zum gemeinsamen Wohlergehen beitragen. Solidarität erfordert materiellen Ausgleich.

Der Kanton Bern kann sich wirtschaftlich und gesellschaftlich nur weiterentwickeln, wenn die Städte als Zentren gestärkt und gleichzeitig in die Stärken der Regionen investiert wird.

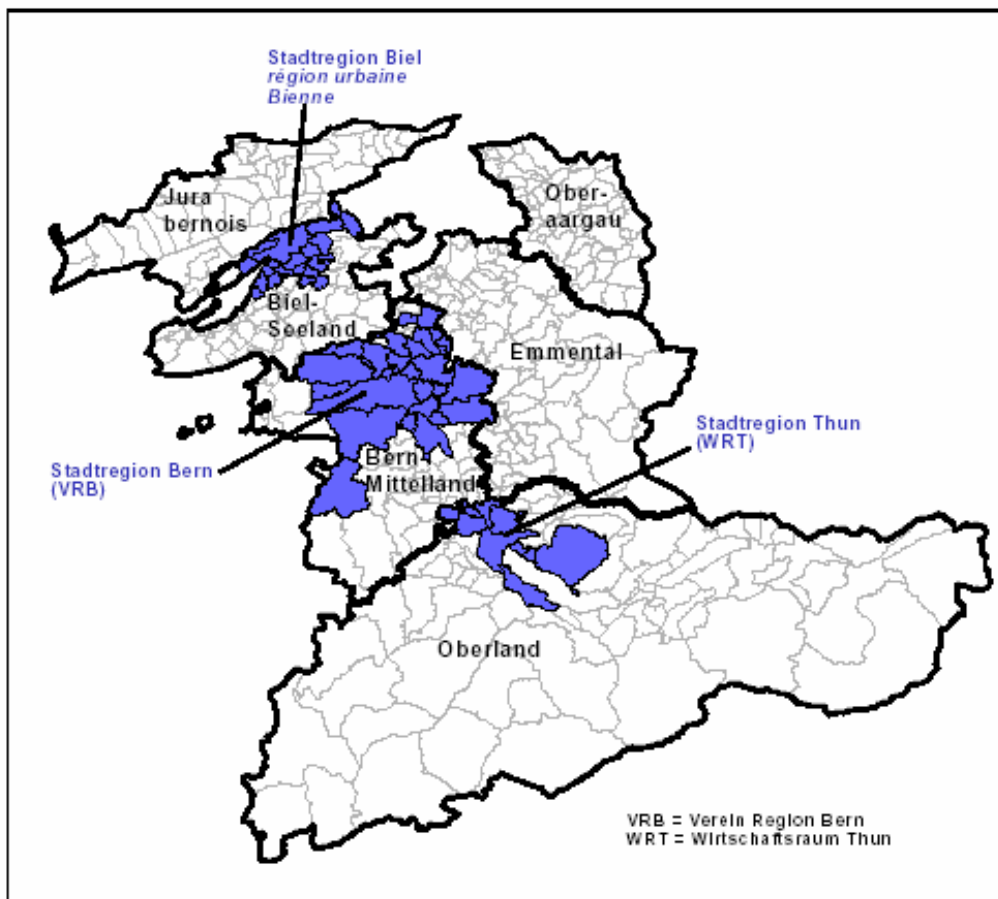
Die Stossrichtung des kantonalen Richtplans geht für die SP in die richtige Richtung. Darin wird gefordert, dass der Kanton Bern die Stärken der Regionen fördert und entsprechende Schwerpunkte setzt. Dabei setzt der Kanton Bern auf klare hierarchische Struktur (Zentralitätsstruktur). Die Lebensfähigkeit und die Weiterentwicklung der Regionen soll sichergestellt werden. Diese abstrakte Zielsetzung will die SP Kanton Bern mit diesem Papier konkretisieren und ihre Schwerpunkte aufzeigen wie im Kanton die Regionen zu fördern sind.

Das vorliegende Papier legt den Schwerpunkt darauf, die Stärken der Regionen zu erhalten und weiter auszubauen. Grundlage dafür ist ein ausreichender Service public, eine flächendeckende Grundversorgung des Kantons Bern mit staatlichen Leistungen und ein transparenter und effektiver Finanzausgleich verbunden mit einer Steuerharmonisierung. Ebenso gehört Chancengleichheit in der Bildung zu den Grundvoraussetzungen. Service public, Finanzausgleich und Steuerharmonisierung sowie Chancengleichheit sind von grosser Bedeutung. Sind sie nicht gewährleistet, leidet die Solidarität zwischen Stadt und Land. Ohne Solidarität gibt es keine gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung. Fehlt die Chancengleichheit in der Bildung, fehlt den ländlichen Gebieten jede Möglichkeit, die eigenen Stärken weiterhin zu nutzen und zu entwickeln. Beides ist Sprengstoff, der wirtschaftliche Entwicklung und Wohlfahrt beeinträchtigt statt fördert.

Die Stossrichtungen setzen auf die vorhandenen Stärken in den Regionen und zeigen auf, wie diese erhalten und ausgebaut werden können. Sie reichen von der Gestaltung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, u. a. durch Stärkung des Wissenstransfers über die Förderung von dezentraler Erzeugung neuer erneuerbarer Energie, zur Stärkung des öffentlichen Verkehrs, von Förderung umweltverträglichen Tourismus, über Stärkung insbesondere der biologischen und naturnahen Landwirtschaft bis zur Stärkung der Hochschulen und der Bundeshauptstadt.

## 2. Kurze Analyse

Fast eine Million Menschen leben im Kanton Bern. Rund die Hälfte wohnt in den Städten Bern, Biel und Thun und deren Agglomerationen und profitiert von kurzen Wegen zwischen Arbeitsplatz, Wohnort und Erholungsraum.



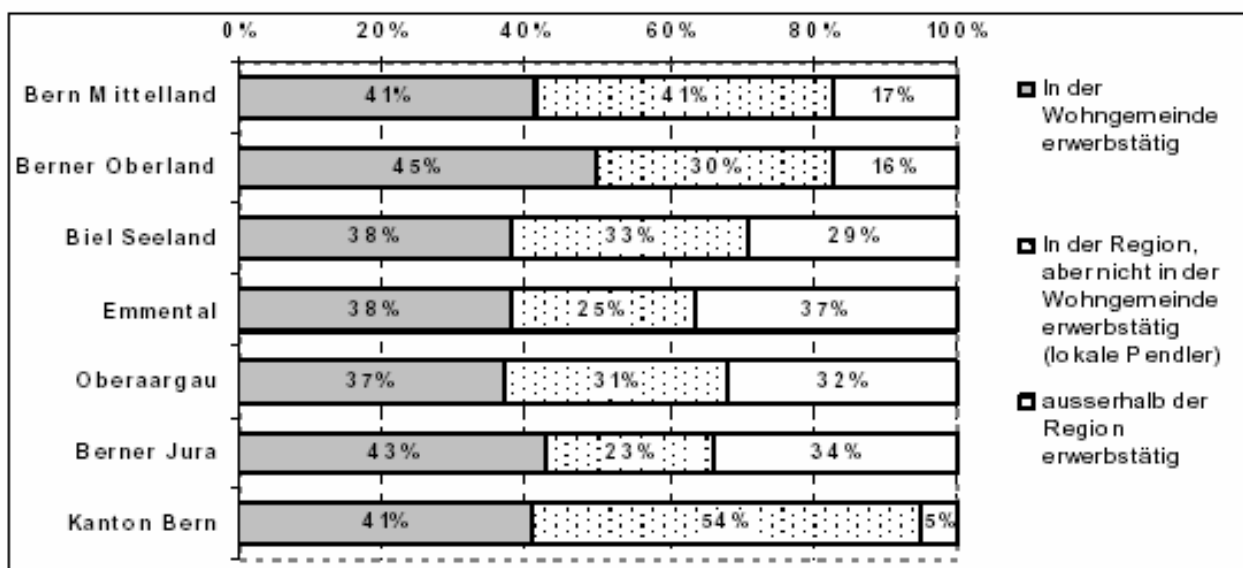
Quellen: BFS, Geostat, Swisstopo.

Die Entwicklung der Industriegesellschaft im 20. Jahrhundert, ihr Umbau in eine Dienstleistungsgesellschaft sowie die Entwicklung der Mobilität und der Informationstechnologien führten ungefähr ab den fünfziger Jahren im letzten Jahrhundert zu enormen Veränderungen in der Lebens- und Wirtschaftsweise. Ungebrochen ist der Zug in die Städte und Agglomerationen. Motorisierung und Autobahnbau ermöglichten die Siedlungsexpansion. Dadurch vergrösserten sich die Distanzen zwischen Wohn- und Arbeitsort. Die Pendlerwege sind länger geworden, was zu noch mehr Mobilität und der entsprechenden Umweltauswirkungen führte. Die Informationstechnologien fördern die wirtschaftliche Konzentration und gleichzeitig stehen sie am Ursprung der Dienstleistungsgesellschaft.

Heute umfasst die grossflächige Zone mit starkem Bevölkerungswachstum weite Teile des tieferen Mittellandes und reicht im Westen bereits bis ins Schwarzenburgerland und die angrenzenden Gebiete des Kantons Freiburg. Die baulichen und kulturellen Unterschiede zwischen Agglomerationen und ländlichen Gebieten verschwimmen

dabei immer mehr und die Grenzen zwischen Stadt und Land fließen ineinander über. Die Bevölkerungsabnahme auf dem Land und in den engeren Agglomerationsgürteln stellt zunehmend ein Problem dar. Generell ist der demografische Wandel des Kantons Bern eine grosse Herausforderung, da in verschiedenen Szenarien ein markanter Bevölkerungsrückgang prognostiziert wird.

Mit der neuen Regionalpolitik des Bundes ergeben sich neue Chancen für die Regionen. Mit der neuen Ausrichtung will der Bund hauptsächlich regionale Initiativen, Programme und Projekte zur Stärkung der Innovationskraft, der Wertschöpfung und der Wettbewerbfähigkeit der Regionen fördern (Vgl. unten). Der Kanton Bern erarbeitet kantonale Umsetzungsprogramme und schliesst mit dem Bund Programmvereinbarungen ab. Hier kann das vorliegende Papier eine Richtung zeigen.



Quelle: BFS, Volkszählung 2000

### 3. Regionalpolitische Massnahmen: Nötig, aber nicht ausreichend

Die (kantonale) Regionalpolitik ist ein wichtiger Teil der Förderung der Städte und insbesondere des ländlichen Raumes. Es müssen finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit die Regionen Projekte aus ihren Reihen zur Förderung ihrer Region realisieren können, um ihre Identität zu verstärken und ihre Lebensmöglichkeiten zu sichern.

Der Regierungsrat hatte erste Massnahmen erarbeitet. Die SP des Kantons Bern begrüsst die Umsetzung der Strategie zur differenzierten Stärkung des ländlichen Raumes und die Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit, auch wenn die SP die Schwerpunkte mehr Richtung Bildung und öffentlicher Verkehr gewichtet hätte (Vgl. die fünf Anträge für Planungserklärungen der SP-Grossratsmitglieder in der vorberatenden Kommission zum Bericht „Strategie zur differenzierten Stärkung des ländlichen Raums“).

In diesem Zusammenhang ist auch die Umsetzung der neuen Regionalpolitik des Bundes zu erwähnen. Mit Fördergeldern soll ein Technologie- und Wissenstransfer im Sinne der Einbindung der Regionen in die bestehenden Netzwerke von Bund und Kantonen ermöglicht werden. Die Mittel sind neue branchenübergreifende Kooperationen, neue Kooperationen zwischen Stadt und Land, Sicherstellung und Umbau der Entwicklungsinfrastruktur sowie intelligente Umnutzung öffentlicher Gebäude und Industriebrachen.

Die Wirtschaftsförderung kann indirekt auch als staatliche regionalpolitische Massnahme betrachtet werden. Sie ist dann begrüssenswert, wenn sie innovative Projekte und die nachhaltige Entwicklung fördert. Die Wirtschaftsförderung soll in allen Regionen des Kantons Bern in erster Linie Projekte fördern, die den Erfordernissen der nachhaltigen Entwicklung Rechnung tragen. Mit dieser Ausrichtung kann auch die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen unterstützt werden.

Regionalpolitik im engeren Sinne reicht der SP des Kantons Bern aber nicht, um die Förderung der Regionen und damit die Weiterentwicklung des Kantons optimal voranzutreiben. Sämtliche Politikfelder müssen in der täglichen Politik unter dem Aspekt Stadt – Land angeschaut werden. Im folgenden Abschnitt legt die SP des Kantons Bern einige konkrete Massnahmen dar.

## **4. Stossrichtungen zur Stärkung des Kantons Bern**

### **4.1 Kantonaler Service public**

Die SP des Kantons Bern setzt sich für die flächendeckende Erbringung der Grundversorgung mit staatlichen Leistungen ein. In ganz peripheren Gebieten soll dies auf das Nötigste beschränkt sein. Es sind nicht alle Angebote gleich wichtig. Das Grundangebot muss aber demokratisch bestimmt werden. Alle Bevölkerungsschichten und Wirtschaftsunternehmen müssen Zugang zu den Gütern und Dienstleistungen des Service public haben und zwar in guter Qualität und zu günstigen Preisen. Eine staatliche Unterstützung für die Erbringung des Service public wird dort geleistet, wo auf andere Art ein für alle erschwingliches Angebot nicht möglich ist. Dies ist regelmässig zu überprüfen. Gute Arbeitsbedingungen für das Personal - in einem GAV geregelt - sollen selbstverständlich sein. Die für die Erbringung des Service public notwendigen Arbeitsplätze sollen möglichst vor Ort angeboten werden.

Die SP Kanton Bern fordert eine Dezentralisierung der kantonalen Verwaltungsstellen im Rahmen der neuen Verwaltungsregionen. Einzelne Verwaltungsstellen sollen in anderen Regionen des Kantons angesiedelt werden, sofern nicht ständiger Kunden-/Bürgerinnen-Kontakt erforderlich ist. Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien erlauben heute eine distanzunabhängige Kommunikation. Es ist klar, dass für das Funktionieren der Kantonsverwaltung eine gewisse Konzentration nötig ist. Durch die Verlagerung werden attraktive Standorte in der Kernstadt Bern frei, die für Wohnraum genutzt werden. Die kantonalen Arbeitsplätze werden zudem besser im Kanton verteilt.

(Vgl. Positionspapier Service public der SP Kanton Bern vom 2002)

## **4.2 Regionale Strukturen nutzen**

Die SP des Kantons Bern befürwortet die Delegation von Kompetenzen an die neu zu schaffenden Regionalräte gemäss Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit (SARZ). Die zusätzliche Autonomie ist aber nur sinnvoll, wenn nicht gesamtkantonale Lösungen erfolgsversprechender sind. Die demokratischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger müssen gewahrt bleiben. Eine echte demokratische Mitsprache der Bevölkerung ist nötig. Aus diesem Grund müssen die Hürden für Referenden und Initiativen tief angesetzt werden.

## **4.3 Gute Gesundheitsversorgung im ganzen Kantonsgebiet**

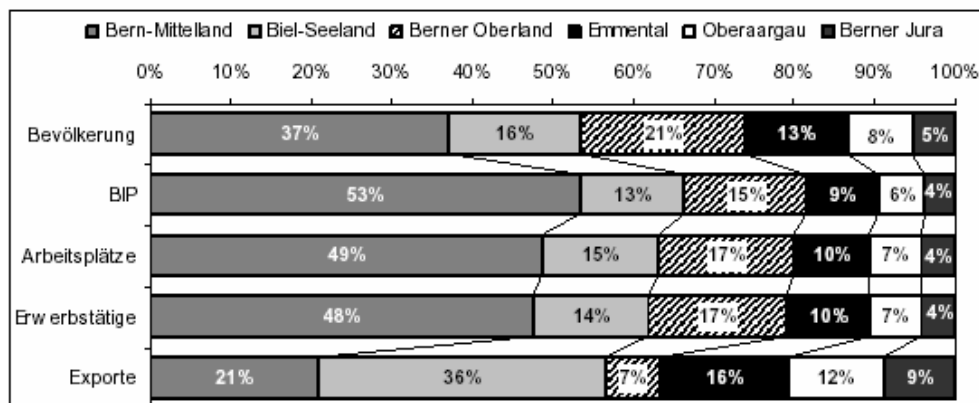
Die Gesundheitsversorgung soll in der Regel über die öffentlichen Anbieter angeboten werden. Die öffentlichen Spitalorganisationen haben für eine dezentrale und qualitativ hoch stehende Gesundheitsversorgung zu sorgen. Die zunehmende Konzentrierung im Gesundheitswesen auf wenige Standorte muss unter dem Aspekt der Qualitätssicherung angegangen werden und darf nicht durch rein betriebswirtschaftliche Überlegungen geprägt werden. Das Gesundheitswesen ist auch dem gesellschaftlichen und sozialen Umfeld anzupassen. Die heutigen regionalen Spitalzentren sollen als klare Anlaufzentren für Gesundheitsfragen positioniert werden (Gesundheitszentren). Die Versorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum muss sichergestellt werden (inkl. Rettungsdienst).

Die Schaffung von regionalen Geriatriestützpunkten ist eine wichtige Massnahme in der Betreuung der immer älter werdenden Bevölkerung. Das Inselspital ist als Universitätsspital weiter zu fördern (Spitzenmedizin). Die Zusammenarbeit der Hausärztinnen und Hausärzten, der Spitex, der Spitalgruppen und weiteren Gesundheitsdienstleitern ist weiter zu fördern, auch kantonsübergreifend. Den zunehmenden Mangel an Gesundheitspersonal und an Hausärztinnen und Hausärzten in ländlichen Regionen muss die kantonale Politik proaktiv angehen.

## **4.4 Finanzausgleich transparenter gestalten / Steuerharmonisierung**

Die Städte und Agglomerationen sind die Motoren der Wirtschaftsentwicklung im Kanton Bern. Sie erwirtschaften die Überschüsse, die dem Kanton Bern einen Ausgleich zwischen Stadt und Land ermöglichen.

Der Finanz- und Lastenausgleich ist dafür ein zentrales Instrument. Die grossen Zentren haben zu wenige Mittel, um ihre gestiegenen Bedürfnisse zu decken. Auch einige ländliche Gemeinden haben zunehmend Mühe, ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Durch die Siedlungsentwicklung haben einige Gemeinde viele sehr gute Steuerzahlende und können entsprechend ihre Steuern senken, was erneut gute Steuerzahlende aus anderen Gemeinden anlockt. Die Ungleichheit der Vermögens- und Einkommensverteilung zwischen Gemeinden und zwischen Regionen wird immer weiter verstärkt. Die SP des Kantons Bern fordert deshalb eine Steuerharmonisierung auf kantonaler und schweizerischer Ebene.



Lesebeispiel: In der Region Bern-Mittelland wohnen 37 Prozent und im Berner Oberland 21 Prozent der kantonalen Bevölkerung. 53 Prozent des kantonalen BIP werden in der Region Bern-Mittelland und 9 Prozent im Emmental erwirtschaftet. 36 Prozent der kantonalen Exporte stammen aus der Region Biel-Seeland und 9 Prozent aus dem Berner Jura.

Quellen: BFS, ESPOP und Betriebszählung 2001 sowie Volkszählung 2000; BAK Basel Economics (Stand April 2005), Eidgenössische Zollverwaltung

Mit der Regionalisierung soll auch die Finanzierung von bedeutenden regionalen Aufgaben, die heute zum Teil von einer einzelnen Gemeinde für eine ganze Region erbracht werden, regionalisiert werden. Die Zentrumslasten der Städte müssen besser auf die gesamte nutzniessende Bevölkerung in den umliegenden Gemeinden verteilt werden. Die SP des Kantons Bern fordert im Rahmen der Überprüfung des Finanz- und Lastenausgleichs die Berechnung der Mindestausstattung für Gemeinden nach einer gleitenden Skala. So kann die künstliche Hochhaltung des Steuerniveaus beseitigt werden, weil bei einer Steuersenkung sonst die Mindestausstattung wegfallen würde.

Umgekehrt ist im Falle von Kleinstgemeinden die Mindestausstattung zu überprüfen, um ihre bremsende Wirkung auf Gemeindefusionen zu eliminieren.

#### 4.5 Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen verbessern

Für die Wirtschaft ist die Mehrsprachigkeit ein wichtiger Vorteil, der zu fördern ist. Der Kanton Bern als zweisprachiger Kanton hat hier eine besondere Stärke. Forschungsanwendung und Ausbildung des benötigten Fachpersonals (Fachhochschulen) sind für die Wirtschaft dringend nötig und müssen gewährleistet sein. Der Wissenstransfer der staatlichen Forschungseinrichtungen zur Wirtschaft muss verbessert werden. Die Clusterbildung gilt es weiterzuführen und gezielt zu stärken. Weitere Clusters in zukunftsweisenden Bereichen, wie der Umwelttechnologie sind zu prüfen. Gemeinden und Kanton müssen sich bemühen, möglichst kurze Bewilligungswege zu haben, was letztlich der Wirtschaft und Gesellschaft dient.

Der Berufsbildung muss grösste Aufmerksamkeit zu kommen. Dem dualen Berufssystem ist es zu verdanken, dass die Wirtschaft auf gut ausgebildetes Personal zählen kann. Dank guter Ausbildung und guten Arbeitsbedingungen ist die Qualität des Personals besonders hoch.

#### **4.6 Gemeindefusionen zur Stärkung der Gemeinden**

Die Zahl der Gemeinden im Kanton Bern ist sehr hoch. Einerseits können Kleinstgemeinden ihre Aufgaben nur schwer erfüllen, andererseits erschweren (zu) viele Agglomerationsgemeinden die regionale Zusammenarbeit. Die SP des Kantons Bern fordert deshalb stärkere politische wie finanzielle Anreize für Gemeindefusionen. Durch Gemeindefusionen soll die Zahl der Gemeinden reduziert werden, damit die verbleibenden Gemeinden eine optimale Gemeindegrösse aufweisen. Dadurch werden die ländlichen Gebiete gestärkt gegenüber grösseren Zentrumsgemeinden und gegenüber dem Kanton. Ausserdem sind grössere Gemeinden besser in der Lage, autonom zu handeln, wodurch die Gewährung einer grösseren Gemeindeautonomie ermöglicht und das Prinzip der Subsidiarität gestärkt wird.

#### **4.7 Chancengleichheit in der Bildung**

Durch die Abwanderung und Entvölkerung der ländlichen Regionen müssen viele Klassen geschlossen werden. Die SP des Kantons Bern befürwortet deshalb die Bildung von regionalen Schulzentren für die Sekundarstufe I, wenn die kommunalen Schulen eine bestimmte Grösse nicht mehr erreichen. So wird gewährleistet, dass auch Kinder aus ländlichen Regionen umfassende Schulangebote, eine gute Infrastruktur und eine optimale Förderung auf allen Stufen der Volksschule in Anspruch nehmen können.

Schulen in Agglomerationen und Städten haben einen hohen Anteil an fremdsprachigen Kindern. Damit die Volksschule ihren Bildungsauftrag gegenüber allen Kindern und Jugendlichen wahrnehmen kann und diese ihr Potential ausschöpfen können, sind die Volksschulen auf zusätzliche Ressourcen angewiesen.

Schulen sollen als Tagesschulen mit Blockzeiten geführt werden, die regionale Umsetzung dieser Forderung erfordert weniger finanzielle Mittel. Im Gegenzug muss der Kanton die Kosten für die SchülerInnen-Transporte beitragsberechtigt erklären, weil mit der Regionalisierung viele Kinder einen zu langen Schulweg bewältigen müssen.

Lernschwache, verhaltensauffällige und behinderte Kinder sollen möglichst in der Regelschule ihrer Region geschult werden. Das erfordert eine entsprechende Unterstützung im Unterricht durch Fachkräfte.

#### **4.8 Bauen ausserhalb der Bauzonen**

Die SP des Kantons Bern befürwortet die Umnutzung von bestehenden landwirtschaftlichen Bauten ausserhalb der Bauzonen unter restriktiven Bedingungen, um Bauruinen in ländlichen Gebieten zu verhindern. Die Bewilligungspraxis muss ökologischen Gesichtspunkten unterliegen. Die Flexibilisierung soll insbesondere der Erhaltung von Wohnraum dienen. Vorausgesetzt werden eine bestehende Verkehrsinfrastruktur und die bestehende Erschliessung mit Wasser, Strom, Kanalisation, etc. Ungenutzte, dem Zerfall frei gegebene Scheunen und Bauten sollen zurück gebaut werden.

Die naturnahe Kulturlandschaft in ländlichen Gebieten ist zu erhalten, da sie für die Attraktivität des Wohnstandortes und der Tourismuswirtschaft zentral ist. Mit dem Bo

den ist haushälterisch umzugehen, und Überbauungen und touristische Infrastrukturen in unerschlossenen Gebieten sind zu unterlassen. Dem kantonalen Richtplan nicht entsprechende Bauzonen sind auszuzonen. Ökologische Aspekte sind konsequent an erster Stelle zu behandeln. Bauzonen sollen nur noch geschaffen werden, wenn sie an den öffentlichen Verkehr angeschlossen sind.

#### **4.9 Energiepolitik als Chance**

Die SP Kanton Bern fordert eine dezentrale Energieproduktion und eine Förderung der Produktion und Nutzung erneuerbarer Energien. Hier sehen wir für den ländlichen Raum eine grosse Chance: Durch eine sinnvolle Waldnutzung und -bewirtschaftung kann eine grosse Wertschöpfung erzielt werden. Auch Biomasse, Geothermie, Windenergie, Sonnenenergie sind zu fördern.

Bei abgelegenen Bauten sollen eine netzunabhängige Energieerzeugung aus alternativen Energiequellen gefördert und damit die Erschliessungskosten nachhaltig umgelagert werden. Durch regionale Energieplanungen können Massnahmen besser aufeinander abgestimmt und regionale Schwerpunkte gesetzt werden.

Die Wasserkraft ist eine weitere erneuerbare Energie, die eine Chance für die ländlichen Gebiete bringt. Ökologisch bedenkliche Nutzungen sind zu unterlassen. Die SP Kanton Bern fordert den Ausstieg aus der Atomstromproduktion.

#### **4.10 Verkehrspolitik muss öffentlichen Verkehr fördern**

Bei der Entwicklung des Kantons Bern kommt dem öffentlichen Verkehr (Personen- und Güterverkehr) eine herausragende Rolle zu. Das heutige Niveau soll gehalten und gar noch weiter ausgebaut werden. Dem Ausbau des Bahnhofs Bern kommt für das Angebot im ganzen Kantonsgebiet eine sehr wichtige Rolle zu. Im Interesse aller muss dieses Projekt zügig angepackt werden, damit die nötigen Kapazitäten für einen weiteren Angebotsausbau vorhanden sind. Die Agglomerationsprogramme im Kanton Bern müssen den öV prioritär behandeln. Die knappen finanziellen Mittel sollen in die nachhaltigen Verkehrsmittel investiert werden.

Städte und Agglomerationen müssen von den Belastungen durch den Verkehr entlastet werden. Die SP des Kantons Bern befürwortet deshalb Road Pricing. Flankierend dazu müssen Massnahmen zu Gunsten des Langsamverkehrs ergriffen werden. Langsamverkehr muss konsequent Vortritt haben. Der Kanton fördert entsprechende Programme, damit neue Mobilitätsformen und -Angebote auch im ländlichen Raum realisiert werden.

Anstelle von enorm schwach genutzten oder fehlenden Postautolinien, sollen Ruftaxis eingesetzt werden (insbesondere am Abend / in der Nacht).

Kantonsweit muss die Parkplatzbewirtschaftung Pflicht werden. Das Parkieren von Motorfahrzeugen ist nicht gratis, mit Parkiergebühren soll das Verursacherprinzip gelebt werden. Park and Ride- / Bike and Ride-Anliegen sollen das Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr vereinfachen und fördern. Das Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr soll so dezentral wie möglich erfolgen, um die Fahrleistung des MiV zu reduzieren.

#### **4.11 Zweitwohnungsbau muss Standortgemeinden etwas bringen**

Den Tourismusgemeinden ist steuerrechtlich die Möglichkeit zu geben, die Besitzerinnen und Besitzer von Zweitwohnungen in genügendem Ausmass zur Deckung der Infrastrukturkosten beizuziehen. Zudem müssen finanzielle Mittel generiert werden können, um Massnahmen zur Bekämpfung der negativen Auswirkungen eines ausufernden Zweitwohnungsbaus finanzieren zu können (Wohnungsmangel für Einwohner, Kulturlandverschleiss, kalte Betten usw.).

#### **4.12 Landwirtschaft wichtig für Regionen**

Die Ausbildung und insbesondere die Weiterbildung und Beratung für die Landwirtschaft sind zu stärken. Die Inforamas sind als landwirtschaftliche Kompetenzzentren für ihre Region auszugestalten. Das Inforama Schwand soll als schweizerisches Ausbildungszentrum für Bio-Landbau positioniert werden.

Die SP Kanton Bern setzt den Schwerpunkt auf die biologische Landwirtschaft. Die Bodenfruchtbarkeit muss als Grundlage der Landwirtschaft erhalten werden. Die Pflege von ökologischen Ausgleichsflächen ist eine wichtige Grundlage für den Tourismus und für einen lebenswerten Wohnort Kanton Bern.

#### **4.13 Eine aktive Klimapolitik lässt Agglomerationen atmen**

Ein weiteres Problem der Städte und Agglomerationen ist die Umweltverschmutzung durch den Verkehr und Gebäudeheizungen. Ozon- und Feinstaubbelastungen überschreiten regelmässig die gesetzlichen Grenzwerte. Der Kanton muss eine aktive Rolle einnehmen und als Pionierkanton der Klimapolitik Massnahmen zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ergreifen. Bei voraussehbaren Immissionsgrenzwertüberschreitungen bei den Luftschadstoffen erlässt der Regierungsrat sofort und vorsorglich beschränkende Massnahmen. Umweltschonende Mobilität ist mit steuerlichen Anreizen zu fördern.

#### **4.14 Das Potenzial der Hochschulen besser nutzen**

Der Kanton Bern muss eine kantonale Hochschulpolitik verfolgen und kann so Stadt und Land Impulse geben. Die Zusammenarbeit unter den Schulen auf tertiären Stufen, aber auch das Zusammenspiel mit der regionalen Wirtschaft, ist zu verbessern. Die Universität Bern soll mehrere Schwerpunkte in denen sie Spitzenleistungen erbringt oder wo der Durchbruch zur Anerkennung als Spitzenleistung bevorsteht besonders fördern. Als Beispiele nennen wir Medizinaltechnik, politische Steuerung (Public Governance), Kunst und Kultur, insbesondere im regionalen Kontext, Klimaforschung.

#### **4.15 Tourismus als starker Pfeiler der kantonalen Wirtschaft**

Eine gepflegte Kulturlandschaft ist die Grundlage für den Tourismus (vgl. 4.12). Dazu sollen Natur- und Landschaftspärke (Weltnaturerbe Jungfrau/Aletschgebiet, Pärke im Diemtigtal, Berner Jura, Chasseral, Gantrisch, etc.) und der sanfte Tourismus gefördert werden (z.B. Fahrradtourismus). Die Erkenntnisse aus der

Klimaveränderung eröffnen dem Tourismus möglicherweise neue Chancen. Auf die dadurch entstehenden Herausforderungen muss aktiv eingegangen werden. Mit qualitativem Wachstum kann auf nachhaltige Weise der Tourismus im Kanton Bern gestärkt werden.

Touristisch sehr wichtig ist zudem, dass die Anbindung an den europäischen Eisenbahnverkehr erhalten und ausgebaut wird. Der neue NEAT-Basistunnel am Lötschberg eröffnet neue Chancen, da man noch schneller und bequemer im Berner Oberland Ferien machen kann. Die SP Kanton Bern befürwortet die geplante Verdichtung und Neuorganisation der Tourismusdestinationen. Grössere Destinationen können schlagkräftiger vermarktet werden und sind ein Gewinn für alle.

Dank dem Tourismus können Arbeitsplätze und so die Wertschöpfung in den Regionen gehalten werden. Voraussetzung für die Qualität der Leistungen sind gute Arbeitsbedingungen. Durch flexible Arbeitszeiten und durch die Möglichkeit von Teilzeitarbeit, werden Erwerbskombinationen auch für die Bauern erleichtert.

#### **4.16 Waldpolitik gibt regionale Impulse**

Etwa 30 Prozent der Fläche des Kantons Bern besteht aus Wald. Die Waldpolitik ist deshalb aus ländlicher Sicht eine wirtschaftliche Komponente, aus gesamtgesellschaftlicher Sicht ist die Naturerholungsperspektive am wichtigsten. Die Waldpolitik muss Ökologie und Ökonomie vereinen. Die Waldleistungen sollen gezielt bei den Waldbesitzenden eingekauft werden. Dazu gehören zum Beispiel die Pflege des Schutzwaldes oder die Förderung der Biodiversität. In den Wäldern ohne Vorrangfunktion soll die Eigenverantwortung der Waldbesitzenden gestärkt werden. Mit angepassten Rahmenbedingungen sollen sie in die Lage versetzt werden, ihre Wälder wieder eigenwirtschaftlich nutzen zu können. Energiepolitisch sind die Wälder von grossem Interesse.